

Österreich stoppt Familiennachzug: Regierung setzt auf Überlastschutz!

Österreichs Regierung beschließt Stopp des Familiennachzugs zur Entlastung der Systeme. Umfassende Maßnahmen und rechtliche Überlegungen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Österreichs neue Bundesregierung hat in einer entscheidenden Kabinettsitzung den Stopp des Familiennachzugs für Asylwerber beschlossen. Dieser Schritt wird als sofortige Maßnahme präsentiert, um die überlasteten Systeme des Landes, insbesondere im Bildungsbereich, zu entlasten. Der Generalsekretär der Volkspartei, Nico Marchetti, äußerte sich erfreut über das Aussetzen des Familiennachzugs und betonte, wie wichtig dieser Schritt für den Schutz der Systeme sei. „Der starke Zuzug von Familien hat in den letzten Monaten zur Überlastung geführt, und das ist besonders in Wien spürbar“, so Marchetti, der die schnelle Reaktion der Regierung lobte. Die Entscheidung wurde im Ministerrat gefällt, wobei die Bundesregierung zugleich versicherte, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Umsetzung berücksichtigt werden, wie [zeit.de](https://www.zeit.de) berichtet.

Maßnahme zur Entlastung oder rechtliches Risiko?

Insgesamt sind in den letzten zwei Jahren etwa 18.000 Personen im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich gekommen, davon rund 13.000 schulpflichtige Kinder. Bundeskanzler Christian Stocker erklärte, dass die Kapazitäten des Landes begrenzt seien und das Aussetzen des Familiennachzugs

notwendig sei, um eine Überlastung in sozialen und Bildungssystemen zu verhindern. Die Bundesregierung argumentiert, dass dieser Schritt temporär sei und auf die EU-Notfallklausel zurückgreife, die im Fall von Sicherheitsbedenken zur Anwendung kommt. Kritiker hingegen warnen, dass dies gegen das Asylrecht und die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen könnte, was zu einer intensiven Debatte über die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen führten wird, wie es **ots.at** beschreibt.

Die neue Regierungskoalition aus der konservativen Volkspartei, der sozialdemokratischen SPÖ und den liberalen Neos ist erst Anfang März vereidigt worden und hat sich zum Ziel gesetzt, die irreguläre Migration signifikant zu reduzieren. Innenminister Gerhard Karner sprach sich bereits auf EU-Ebene für einen Stopp des Familiennachzugs aus und verwies auf die Belastung der Systeme. Der Vorstoß wurde von der SPÖ unterstützt, jedoch wirft die rechtliche Umsetzung Fragen auf und könnte zu weiteren politischen Spannungen im Land führen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Überlastung der Systeme
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at